

GESELLSCHAFT

Skaten tritt in die lange Liste von „verfolgten Aktivitäten“ auf Kuba ein: Vergesst die Wirklichkeit und öffnet die Zeitung

Übersetzung und Untertitel:
Christoph Zimmermann

José Manzaneda, Koordinator von Cuba-información. – „Eine Reise per Longboard nach Kuba“ ist eine exzellente Dokumentation des Senders „Riding Adventures“ über die Erfahrung von elf spanischen Skatern in Kuba und ihrer Beziehung zu Skatern der Insel. Es handelt sich um 40 Minuten von schön gedrehten Bildern von Stadtvierteln, Straßen, Plätzen und Alleen im ganzen Land. ^

Der Ton des Films ist respektvoll gegenüber Kuba. Und er stellt die wesentliche Ursache vor, um viele der materiellen Beschränkungen, die den Sportlern auf der Insel begegnen, zu verstehen: Die Blockade durch die USA. „Es gibt immer noch Länder, die Schwierigkeiten haben sich an dieser gewaltigen Community (des Longboards) zu beteiligen. Und eins davon ist Kuba: Ein Land, das durch eine wirtschaftliche Blockade behindert wird, unter anderem bei der Einfuhr von Skate- und Longboardmaterial“, erklärt der Erzähler.

Der Film reflektiert ebenfalls die solidarischen Werte der kubanischen Skater, die sich nur schwierig auf natürlicher Art und Weise in anderen Ländern finden lassen: „Wir, die Longboard-Community, sind mehr als eine Familie (...). Wir haben immer alles versucht, in der einen oder anderen Art, dass wir alle ungefähr das Gleiche haben“, sagt ein Skater namens Carlos Manuel, der dazu auffordert „das, was wir übrig haben (Skates, Teile) dem nächsten zu geben“. Ein anderer junger Kubaner namens Javier fügt hinzu; „Jeder hilft mit dem, was er kann; wer ein Teil übrig hat, schenkt es demjenigen, dem eins fehlt, es gibt eine Mischung von guter Freundschaft“.

Aber eine schöne und respektvolle Reportage kann immer durch Geschäftszwecke

verfälscht werden. So lügt der Produzent des Films in der Promotion mit absoluter Schande, indem er versichert, dass „Skaten in Kuba weiter eine verbotene Aktivität“ ist. „Es ist ein Ort, in der unsere Leidenschaft verboten ist“, lesen wir auf unterschiedlichen Fachhomepages.

Diese ködernde Werbung wurde schnell von der Presse aufgenommen. Madrids Tageszeitung „El País“ veröffentlichte eine ganze Fotostrecke mit dem Namen „So sieht Skaten auf Kuba aus, wo es verfolgt wird“. Dort lesen wir von absurden Erfindungen wie „es handelt sich um einen als antirevolutionären wahrgenommenen Sport, weil das verwendete Material aus den USA kommt“.

Eine merkwürdige „verbotene Betätigung“, die, wie wir im Film sehen, in jedem Winkel des Landes vollkommen frei betrieben werden kann und bei der sich auf den zentralsten Orten, wie Havannas Paseo del Prado mehr als hundert Jugendliche zusammenfinden.

Und so kommt es, dass auch Skaten sich auf der langen Liste der „verfolgten“ Betätigungsfeldern auf Kuba befindet: Wie die Rockmusik, obwohl es jährlich 13 Festivals auf der Insel gibt; wie die Homosexualität, obwohl es gegen Homophobie Fernsehkampagnen und Programme in Schulen gibt; oder wie die Religion, obwohl es im ganzen Land 600 katholische und 900 protestantische Gotteshäuser gibt.

Denn, was man über Kuba ja schon weiß: Vergesst die Wirklichkeit und öffnet die Zeitung.

Quelle: cubainformación
Quellenhinweise wurden aus redaktionellen Gründen weggelassen.

RECHT

„Dissident“ schlägt vor, dass die Nato Kuba bombardiert: Wenden wir das spanische Strafrecht darauf an?

José Manzaneda, Koordinator von Cuba-información. Übersetzt und untertitelt von Angelika Becker

Im November haben die spanischen Gerichte neu gewählte Vertreter der katalanischen Regierung und zwei Parteiführer ins Gefängnis gesteckt, wegen angeblicher Straftaten wie „Rebellion“ und „Aufstand“.

Ein baskischer Twitterer wurde zu einem Jahr verurteilt wegen seiner Nachrichten in sozialen Medien. Und zwei Rapper wurden gerade zu zwei beziehungsweise 3½ Jahren Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Beleidigung der Monarchie und der Rechtfertigung des Terrorismus. Dies sind nur einige der Beispiele der letzten Zeit.

Denken wir mal nach. Was würde einer spanischen Bürgerschaft geschehen, die sich gegen eine totale internationale Blockade der spanischen Wirtschaft verteidigen würde? Und was einem, ebenfalls spanischen Bürger, der im russischen Fernsehen zum Beispiel vorschlägt, dass dieses Land Madrid bombardieren sollte? Kann das wahr sein? Das ist das Szenarium eines kürzlichen Fernsehprogramms aus Miami über die „Methoden, um aus dem Castrismus in Kuba herauszukommen“. Der „Dissident“ Ailer Gonzáles schlug eine internationale Blockade seines Landes vor: „Wenn Du keinen Druck auf das castristische Regime ausübst ..., wenn wir keine Sanktionen verhängen, und vor allem die Wirtschaft dieses Regimes nicht ersticken ... Man muss zunächst einen großen Druck ausüben auf diese Tyrannei (...) und die Wirtschaft ersticken.“

Antonio Rodiles seinerseits schlug für Kuba die „Lösung“ der Nato in Jugoslawien vor. „Wenn du siehst, wie sie all diese Regime herausgeholt haben, mit einem solchen Schnitt, es muss also diese Kombination sein. Zum Beispiel reden die Leute gerne von Otpor (rechte Jugendbewegung des „friedlichen Widerstands“) im ehemaligen Jugoslawien, aber: wann war Otpor effektiv? Erst nachdem die Nato Jugoslawien bombardiert hat“.

Wenn es nicht darum ginge, die kubanische, sondern die spanische Regierung zu zerstören, und wenn Antonio Rodiles die spanische Nationalität hätte, würde er sich einem sehr viel härteren Strafrecht gegenüber sehen als dem kubanischen.

Er könnte zunächst angeklagt werden wegen Delikten wie „Verrat und Verstoß gegen den Frieden oder die Unabhängigkeit des Staates“. Gemäß Artikel 581 des Strafgesetzbuchs „wird der Spanier, der eine ausländische Macht veranlasst, Spanien den Krieg zu erklären (...) mit einer Gefängnisstrafe von 15 – 20 Jahren bestraft.“

Erinnern wir uns: 1999 warf die Nato in 78 Tagen 2.300 Raketen und 1.400 Bomben auf Jugoslawien, sie ermordeten dabei mehr als 2.000 Zivilisten und verwundeten circa 6.000. Und darüber hinaus zum Delikt des „Verrats“: Antonio Rodiles könnte wegen des „Verherrlichens des Terrorismus“ angeklagt und verurteilt werden zu 2 – 3 Jahren Gefängnis gemäß Artikel 578.

Abschließend: Wenn man weiß, dass González und Rodiles sehr eng mit dem gegenwärtigen State Department der Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, könnten die Beiden auch dem Artikel 592 unterliegen, der mit „Gefängnis von 4 – 8 Jahren diejenigen bestraft, (...) mit dem Ziel der Beschädigung der Autorität des Staates oder der Beeinträchtigung der Würde oder der vitalen Interessen Spaniens, nachrichtliche Tätigkeit betreibt oder irgendwelche Beziehungen zu ausländischen Regierungen unterhält“.

Aber die Medien des spanischen Regimes verteidigen weiterhin die Inhaftierung derjenigen, die ein friedliches Referendum in Katalonien durchgeführt haben, während sie das Fehlen eines politischen Raumes in Kuba beklagen für diejenigen, die ihr eigenes Land bombardieren wollen.

Quelle: cubainformación
Quellenhinweise wurden aus redaktionellen Gründen weggelassen.

GEWERKSCHAFT

Beitrag und Engagement von Millionen

Von Ende Juli an bis zum 20. September werden die Arbeiter*innen zu Protagonist*innen eines im sozioökonomischen Umfeld des Landes bedeutsamen Kongresses.

In jedem Kollektiv im Produktions- und Dienstleistungssektor, staatlich oder nicht-staatlich, werden innerhalb der Versammlungen zum XXI. Kongress der CTC die wichtigsten Angelegenheiten der Welt der Gewerkschaft und der Arbeit analysiert, wie sie im Basisdokument für die Stärkung der Mission der Kubanischen Gewerkschaftsbewegung enthalten sind. Der Text ist ein Ausgangspunkt für die bewusste Teilnahme der Arbeiter an der Debatte, da er die Besorgnisse und Unzufriedenheiten der Mitglieder widerspiegelt und Fragen aufwirft, deren Antworten sich aus den Projektionen für die Perfektionierung der Arbeit der CTC und der Gewerkschaften ableiten.

„Diese Versammlungen“, so sagte der Generalsekretär der CTC Ulises Guilarte De Nacimiento „bilden demokratische Bühnen, die dem Gedankenaustausch, der Sozialisierung und Vertiefung dienen. Nicht nur um zu kritisieren und Mängel aufzuzeigen, sondern auch, um Alternativen und Lösungen vorzuschlagen, um so zur Erreichung besserer Ergebnisse in der Wirtschaft beizutragen.“ Und er fügte hinzu, dass der Erfolg in hohem Maße von der Rolle abhängt, die die führenden Kader einnehmen. „Es handelt sich hier nicht um eine formale Lektüre, sie müssen sich so vorbereiten, dass sie Dinge klären können und in der Lage sind zu argumentieren und zu überzeugen.“

Dieses einzigartige Moment des organischen Prozesses des XXI. Kongresses des Dachverbandes der Kubanischen Gewerkschaften ist Ausdruck des demokratischen Charakters der Gewerkschaften und steht für die Strategie und den unerlässlichen Beitrag der Arbeiter bei der Aktualisierung des kubanischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Quelle: Granma



INNENPOLITIK

Verfassungsreform in Kuba: Prioritäten für Ausschüsse der Nationalversammlung

Die 10 permanenten Arbeitsausschüsse der kubanischen Nationalversammlung (Asamblea Nacional del Poder Popular – ANPP) werden in ihrer 9. Sitzungsperiode den Prozess einer Verfassungsreform unter ihren Prioritäten haben, der dem Gremium in außerordentlicher Sitzung vom Staatsrat zur Annahme vorgelegt wurde. Dabei kommt es jedem Einzelnen von ihnen zu, ihre Tätigkeiten über die von der Kommission für verfassungsmäßige und juristische Angelegenheiten eingeleiteten Verfahrensweisen hinaus auf die angekündigte Modifizierung der Carta Magna des Landes zu konzentrieren. Außerdem wird ein Ausschuss zur Ausarbeitung und Präsentation des Verfassungsprojektes gebildet.

Rolando González Patricio, Abgeordneter für die Gemeinde Campechuela in der Provinz Granma, bestätigte, dass alle Ausschüsse von ihren Kompetenzbereichen aus zum Reformprozess beitragen werden, denn dies erweise sich als eine Tätigkeit, die die Gesellschaft im Allgemeinen und die 605 Abgeordneten betreffen, die sie repräsentieren.

Der Doktor der Geschichtswissenschaften erklärte gegenüber der kubanischen Nachrichtenagentur ACN in einem Exklusivkommentar, dass diese Arbeitsgruppen in den nächsten fünf Jahren außerdem die Implementierung der Vereinbarungen des 7. Kongresses der Kommunistischen Partei Kubas, sowie der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution und des Nationalen Entwicklungsplanes bis 2030 fortführen würden.

Im Einzelnen führte er aus, dass nun die Ausschüsse strukturiert und abgestimmt und ihre Mitglieder sodann Informationen bezüglich der Amtsführung der vorhergehenden Legislaturperiode erhalten würden, um auf besagter Grundlage ihre Aktionspläne entwerfen zu können. Die 10 Ausschüsse der ANPP sind zuständig für verfassungsmäßige und juristische Angelegenheiten; für internationale Beziehungen; die Versorgung mit Dienstleistungen; Gesundheit und Sport; für ökonomische Angelegenheiten; die Betreuung der Kinder und Jugendlichen und die Gleichheit der Rechte der Frau; für Bildung, Kultur, Wissenschaft und Umwelt; für Industrie, Bauwesen und Energie; für die nationale Verteidigung;

sowie für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

González Patricio erinnerte daran, dass es sich dabei um Beratungs- und Hilfsorgane für die Nationalversammlung und den Staatsrat handele, zu deren Funktionen die Analyse von Dokumenten und Projekten gehöre. Außerdem hätten sie die Aufgabe, Politikstrategien zu verfolgen und die Amtsführung regierender und staatlicher Akteure zu kontrollieren.

Er fügte hinzu, dass sie eine gesetzgeberische Initiative besäßen, weshalb in ihrem Inneren jedwedes laufende Gesetzesprojekt diskutiert würden, insbesondere die Zuständigkeitsbereiche eines jeden einzelnen, wobei sie außerdem ihre eigenen Arbeitsrichtlinien in den jeweiligen Legislaturperioden festlegten.

Der Politiker, der auch Ausschussvorsitzender des Parlamento Latinoamericano y Caribeño (Parlatino) ist, erklärte, dass es für das Bestehen von Kontinuität in der Arbeit solcher Strukturen am wichtigsten sei, eine Bilanz der Ergebnisse der vorherigen Amtszeit, ihrer Erfolge, Schwächen und Prioritäten zu ziehen, um dann auf einer solchen Grundlage die kommenden Aufgaben zu umreißen.

Über ihre Zusammensetzung führte er im Einzelnen aus, dass die Ausschüsse in Abhängigkeit von ihrer Komplexität einen Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende haben werden, wobei sich die Anzahl ihrer Mitglieder nach Reichweite und Notwendigkeiten eines jeden Gremiums richte.

González Patricio hob hervor, dass eines der Erscheinungsmerkmale der Ausschüsse der ANPP in ihrer Heterogenität liege, da sie sich aus Abgeordneten aller Provinzen zusammensetzten, „obwohl dabei der Anwesenheit von Personen der Vorzug gegeben werden muss, die mit den jeweiligen Kompetenzbereichen in Verbindung stehen“, wie er vertiefend bemerkte.

Zur Bildung der Ausschüsse, so erklärte er, würden Beratungen durchgeführt und verschiedene Kriterien gehört bevor diese Projekt vor dem Plenum der höchsten Gewalt des Staates präsentiert werde.

Quelle: Trabajadores